

Vernehmlassung der BDP BL zu den Verfahren

-Teilrevision des Kinder- und Jugendzahnpflegegesetzes

-Teilrevision des Gesetzes über die Sozial- die Jugend- und die Behindertenhilfe

Sehr geehrte Damen und Herren

Die BDP BL lehnt beide Gesetzesrevisionen ab, da hier lediglich Kosten verschoben werden und somit kein effektiver Sparansatz zu sehen ist.

Kieferorthopädische Leistungen zu streichen kann spätere Kostenfolgen auslösen, die höher sind als die Einsparungen. Es ist zu befürchten, dass solche Eingriffe nicht mehr gemacht werden können, wenn die finanzielle Situation einer Familie nicht entsprechend ist.

Das gleiche gilt für die Einsparung an Kosten für Drogentherapien resp. die Überwälzung eines grösseren Anteils auf die Gemeinden. Ein Therapiefall kann das Gemeindebudget über den Haufen werfen, vorallem in kleineren Gemeinden. Ebenfalls wird eine restriktivere Bewilligungspraxis das Problem nicht lösen, sondern lediglich verschieben.

Aus diesen Überlegungen lehnen wir diese zwei Gesetzes Revisionen ab.

Mit bestem Dank für die Kenntnisnahme

Marie-Therese Müller

Weiermattstr. 70

4153 Reinach

061 711 35 62/079 380 45 43

Präsidentin BDP Basel Landschaft